

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit
betreffend **Folgeanfrage zu 7356/AB Auskünfte nach dem Auskunftspflichtgesetz
2020/2021 in Sachen Coronamaßnahmen**

**Bundesminister Univ.Prof. Dr. Martin Kocher hat folgenden Antwort zur Frage 11
übermittelt:**

Zur Frage 11

Bei wie vielen Ansuchen nach dem Auskunftspflichtgesetz in den Jahren 2010 bis 2019 an das Bundesministerium für Arbeit (Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz) wurde von der gesetzlich vorgeschriebenen Bescheid-Erlassung Gebrauch gemacht (Auflistung nach den einzelnen Jahren)?

Im angefragten Zeitraum wurden fünf Fälle nach dem Auskunftspflichtgesetz innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist bescheidmäßig erledigt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit nachstehende

ANFRAGE

- 1) Um welche Beauskunftungen handelte es sich inhaltlich bei den bescheidmäßig erledigten fünf Fällen?
- 2) Ging es bei diesen Beauskunftungen um Sachverhalte im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen?
- 3) Wurden diese bescheidmäßig erledigten Fälle durch die Einschreiter rechtlich bekämpft?
- 4) Wenn ja, auf welche Art und Weise?



